

Sudan: Es gibt keine militärische Lösung

Von Moses Monday John

Bis zur Trennung im Jahr 2011 waren der Sudan und Südsudan ein Land. Seit der Unabhängigkeit des Südsudans werden wir oft als „südsudanesisch und sudanesisch“ bezeichnet, als ein Volk, das in verschiedenen Ländern lebt. Darum haben wir viel gemeinsam, was auch der Grund ist, warum die südsudanesische Zivilgesellschaft die Situation im Sudan genau verfolgt. ONAD (der Südsudanesische Zweig des Versöhnungsbundes, Anm. der Übersetzung), war früher als Organisation Teil von SONAD⁽¹⁾, wobei es zuerst ein Büro in Khartum und ab 2006 auch eines in Juba gab, ein Jahr nachdem das Friedensabkommen unterzeichnet wurde. Seit Jahren arbeiten wir hier zu den Themen Frieden und Gerechtigkeit.

Nach der Abspaltung des Südsudans blieben andere Gruppen von marginalisierten Menschen im Sudan, etwa in Darfur, dem Nuba Gebirge, der Southern Blue Nile Region oder dem Ostsudan. Menschen aus diesen Gebieten wurden sozio-ökonomisch und politisch marginalisiert, da die meisten Personen in Führungspositionen aus dem Norden des Landes kommen. Die sozialen und entwicklungspolitischen Angebote richten sich darum vorwiegend an Khartum und den Norden, auf Kosten der anderen Regionen. Im April 2019 wurde der Diktator al-Bashir nach über 30 Jahren durch Zivilen Widerstand gestürzt und durch einen zivilen Premierminister ersetzt. Zusätzlich wurde ein militärischer Souveräner Rat geschaffen, da das Militär einen Teil der Macht für sich beanspruchte. Im Oktober 2021, stürzte das Militär in

Zusammenarbeit mit den Rapid Support Forces (RSF) die zivil geführte Regierung. Premierminister Abdallah Hamduk und die Minister seines Kabinetts wurden von der Militärjunta inhaftiert, was zur Suspendierung des Sudans als Mitglied der Afrikanischen Union führte und der Beginn der politischen Krise war. Das ist der Kontext, in dem sich die Geschehnisse im Sudan heute bewegen.

Der aktuelle Konflikt

Der Konflikt, der am 15. April ausbrach, besteht zwischen zwei Generalen, dem Anführer der Sudanese Armed Forces, Gen. Abdel Fattah al-Burhan, und Gen. Mohamed Hamdan Dagalo, dem Anführer der RSF. Diese beiden waren einmal Verbündete, die zur Zeit Bashirs zusammengearbeitet haben. Die RSF waren Teil der Janjaweed, Milizgruppen, die als Paramilitärs gegen die Black Africans in Dafur gekämpft haben, wo sie viele Gräueltaten begingen.

Die Kämpfe jetzt begannen, weil die RSF in die Armee integriert werden sollten um offiziell EINE ARMEE für den Sudan zu werden. Sie waren gegen die kurze Eingliederungsperiode – der Vorschlag war sechs Monate bis zu einem Jahr. Die Anführer der RSF jedoch meinten, dass eine Eingliederung erst stattfinden könnte, nachdem eine demokratisch gewählte Regierung im Amt ist. Diese Uneinigkeit führte letztendlich zum Beginn der Schießereien. Das Land war davon überrascht, aber einige von uns hatten das bereits erwartet, da wir sahen, dass die Spannungen immer mehr

zunahmen und dass es darüber hinaus noch andere Probleme gab, die in Zusammenhang mit einer schlechten Umsetzung des Juba-Friedensvertrags mit anderen bewaffneten Gruppen standen.

Derzeit sind Khartum und die meisten anderen strategischen Zentren zwischen den kämpfenden Parteien aufgeteilt. Manche Gebiete werden von den RSF, andere von der nationalen Armee kontrolliert. Viele Menschen fielen den Kämpfen zu Opfer, mehr als 1000 Menschen haben ihr Leben aufgrund des Krieges verloren. Und weil die Opfer immer noch gezählt werden, ist diese Zahl vielleicht auch noch nicht ganz richtig. Bilder und Videos, die auf Sozialen Medien geteilt werden, zeigen, dass viele Gebiete in Khartum gesperrt sind, man sieht Leichen, die nicht einmal begraben werden können.

Da der Konflikt bereits länger wütet, sind die ausländischen Missionen aus Khartum nach Port Sudan umgesiedelt. Das ist die größte Hafengstadt. Der internationale Flughafen Khartum bleibt geschlossen. Normales Arbeiten ist fast unmöglich. Die Menschen sind alle zuhause, verstecken sich und die Stadt steht still. Es gibt keine offiziellen Zahlen dazu, wie viele Menschen Khartum verlassen haben. Wir wissen aber, dass mehr als 700.000 Menschen aus dem Sudan geflohen sind.⁽²⁾ Diejenigen, die in den Südsudan kommen, sind nicht nur Südsudanesischen, sondern eine Mischung aus Heimkehrenden und Menschen unterschiedlichster Nationalitäten. Es sind Menschen aus dem Südsudan, die nach Hause kommen wol-

(1) SONAD ist die „Sudanese Organization for Nonviolence and Development“, der sudanesischen Versöhnungsbund

(2) <https://www.voanews.com/a/un-says-more-than-700-000-sudanese-internally-displaced-in-fighting/7084983.html>



len, aber auch Sudanes:innen, die Zuflucht suchen und Menschen anderer Nationalitäten. Manche kommen, um in ihre Heimatländer zurück zu fliegen, andere um sich hier niederzulassen, bis absehbar ist, was passieren wird und wann sie zurück gehen können.

Als Folge des bewaffneten Konflikts hören wir von Plünderungen in Wohngebieten, bei Firmen und öffentlichen Institutionen, sowie in Geschäften, Einkaufszentren und Bankinstituten. Es ist schwierig festzustellen, wer genau für welche Taten verantwortlich ist. Jene, die die Situation beobachten, werden mit der Zeit wissen, wer was wann und wo getan hat. Zusätzlich gibt es Berichte, dass Menschen auf der Flucht vor dem Konflikt beraubt werden. Ihre Wertgegenstände werden ihnen abgenommen. Wir hörten auch von Vorfällen wie Vergewaltigungen und Ausbeutung. Auch Südsudanese:innen werden zu Opfern, das beinhaltet auch ihre Tötung. Wenn es Unsicherheit gibt, sehen das viele Leute als Möglichkeit sich zu bereichern.

Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen im Norden

Unsere erste Reaktion war mit unseren Kolleg:innen in Khartum Kontakt aufzunehmen, also riefen wir sie an. Zum Glück haben die Telefonverbindungen noch funktioniert, obwohl es in manchen Gebieten Probleme gibt, einzelne Menschen zu erreichen.

Als nächstes gründeten wir Zivilist:innen die Gruppe „Because of our Country“. Das ist eine Initiative von Bürger:innen, die schnell reagieren und Unterstützung geben wollen. Wir wissen, dass Nichtregierungsorganisationen oft in ihren Budgets und der Zuweisung von Geldern eingeschränkt sind, also ist es schwierig kurzfristig Geld aufzustellen. Darum haben wir beschlos-

sen uns selbst der Sache anzunehmen. Wir haben verschiedene Hilfsgruppen organisiert, z.B. kontaktierte eine Gruppe Firmen um ihre Unterstützung zu gewinnen und Autos und Flugzeuge zu mieten um die Heimkehrenden und die Flüchtlinge zu transportieren.

Eine andere Gruppe beschäftigt sich mit der Aufnahme und der humanitären Unterstützung. Wenn die Menschen kommen, haben viele von ihnen nichts dabei. Sie bringen nicht einmal Wechselgewand. Manche kommen ohne Essen und Wasser. Sie brauchen Wasser, sie brauchen Nahrung, sie müssen wo unterkommen und brauchen Medizin. Es gibt Menschen, die hospitalisiert waren, als sie flüchten mussten. Und während sie flüchten, brauchen sie immer noch medizinische Aufmerksamkeit, weil sie ja direkt aus dem Krankenhaus kommen. Darum gibt es ein humanitäres Team und eines, das sich um Gesundheit kümmert. Es gibt Menschen, die zuständig für Kommunikation und Advocacy sind, da es viele gibt, die irgendwo gestrandet sind und nicht wissen, wie sie evakuiert werden können. Wir senden ihnen Informationen und sagen ihnen: „Wenn du in den Süden kommen willst, ruf diese Nummer an und dir wird geholfen. Wir bringen dich in Kontakt mit den Trucks, die in den Süden fahren.“

Ich bin Teil des Teams, das sich mit den Themen rund um die Friedensbemühungen beschäftigt. Wir treffen uns mit den Delegierten der Regierung, da die Regierungen des Südsudans, Kenias und Djiboutis von der Intergovernmental Authority on Development (IGAD)⁽³⁾ beauftragt wurden im Konflikt zu vermitteln. Also sprachen wir mit unserer Regierung und kontaktierten unsere Kolleg:innen im Sudan um sie nach ihren Prioritäten zu fragen. Wir wissen, dass dieser Konflikt nicht unser Konflikt ist, und wir wol-

len ihnen nicht unsere Sichtweise aufzwingen, also mussten wir sie fragen: „Was ist das Anliegen, das wir kommunizieren sollen?“

Die erste Forderung ist ein umgehender Waffenstillstand. Die Konfliktparteien müssen aufhören zu kämpfen, damit jene, die sich nicht mehr sicher fühlen, evakuiert werden können. Dabei geht es auch darum, dass die Kämpfe Menschen vertrieben haben, die dann auf der Straße gelandet sind. Diese Menschen verdienen eine Chance zurückzukommen und mit ihren Familien wiedervereint zu werden.

Weiters müssen zivile Ziele geschützt werden. Videos und Fotos, die in den Sozialen Medien geteilt werden, zeigen, dass bewaffnete Gruppen in Wohngebieten kämpfen. Das ist gefährlich für die Zivilist:innen, die im Kreuzfeuer sterben können. Es ist außerdem illegal, da das Humanitäre Recht Kämpfenden nur erlaubt andere Kampftruppen anzugreifen, keine Zivilist:innen. Deswegen sollte es unmöglich sein dort anzugreifen, wo die Zivilbevölkerung lebt. Aber beide Seiten wollen sich nicht aus der Stadt zurückziehen, also bleiben sie und kämpfen aus strategischen Gründen.

Diese Anliegen, sowie die Anliegen jener, die krank oder verwundet sind und ins Krankenhaus müssen, wurden angesprochen. Jedoch gibt es Fälle, wo auch Krankenhäuser zerbombt oder attackiert wurden, genauso wie Kirchen. Im April gab es einen Fall, wo eine koptische Kirche in Bahri während einer Sonntagsmesse attackiert wurde. Beide Seiten machten die jeweils andere dafür verantwortlich. Darüber hinaus ist unklar, wie groß die Zahl von einzelnen Aktivist:innen ist, die verschwunden sind oder bedroht werden.

Als Reaktion auf die Situation wurden zwei Initiativen ins Leben geru-

(3) Ein subregionales Gremium, das sich mit Konflikten und Entwicklung in der Region beschäftigt



SUDAN

fen, die Afrikanische Initiative und die Amerikanisch-Saudi Arabische Initiative. Letztere führte zur Unterzeichnung der Humanitären Erklärung, einem erneuten Bekenntnis zur Genfer Konvention. Was bei den politischen Verhandlungen passiert, ist noch ungewiss. Im Moment ist der Konflikt noch akut. Die Waffenstillstandsvereinbarungen, die die beteiligten Parteien unterschreiben, werden nicht respektiert. Jeden Tag wird weitergebombt und Menschen verlieren ihr Leben. Es ist ein Problem, dass die einfache Bevölkerung des Sudans nicht in die Verhandlungen eingebunden war. Wir betonen immer, dass es keinen Frieden im Sudan geben wird, wenn seine Bevölkerung nicht an den Verhandlungen teilnehmen darf. Ein Abkommen zwischen Warlords wird immer zu ihren eigenen Gunsten ausfallen und nicht im Interesse der sudanesischen Bevölkerung.

Die meisten Aktivist:innen vorort können momentan nicht viel tun. Sie können sich nicht real treffen und müssen sich für ihre Kommunikation auf das Internet verlassen. Wir hofften, dass sich die Situation mit der Zeit beruhigen würde und die wirklich betroffenen Akteur:innen – die Bürger:innen, vertreten durch Gruppen der Zivilbevölkerung, Gruppen von Gläubigen und auch Angehörige politischer Parteien – sich in die Verhandlungen zur politischen Einigung einbringen können. Sie sollten diejenigen sein, die einen Plan entwerfen, der die Situation im Sudan adressiert.

Unterstützung im und vom Südsudan

Im Südsudan glauben wir, dass ein fortgeführter Konflikt im Sudan sehr gefährlich ist. Wir kennen bewaffnete Konflikte, die Jahrzehnte andauern und in denen es keine militärische Lösung geben kann. Die Parteien im Konflikt und die Zivilbevölkerung müssen deswegen vielleicht

einen hohen Preis bezahlen. Der Konflikt wird vielleicht auch genutzt werden, um eine fremde Agenda zu stützen, statt nationale oder regionale Friedensbemühungen.

Die Menschen im Sudan nahmen vor ein paar Jahren während und nach dem Konflikt im Dezember 2013 Menschen aus dem Süden auf. Darum haben wir eine moralische Verpflichtung den Sudanese:innen gegenüber.

Außerdem besteht ein wirtschaftliches Interesse. 90% unserer Wirtschaft im Südsudan steht in Verbindung zu dem Öl, das durch den Sudan transportiert wird. Ein fortdauernder Krieg im Sudan bedeutet eine mögliche Unterbrechung und im Süden würden wir dann einen großen wirtschaftlichen Preis dafür zahlen.

Wenn es um Sicherheit geht, ist es so, dass der Konflikt im Sudan eine Bedrohung für alle Nachbarländer und der gesamten Region darstellt. Darum müssen wir die ganze Gegend mitbedenken. In der jüngeren Vergangenheit gab es Spannungen bezüglich der Grenzen zwischen Sudan und Äthiopien wegen des Anspruchs auf das Gebiet Alfasaga im Osten des Sudans. Der Auslöser des Konflikts war die Errichtung des Renaissance Damms in Äthiopien. Wir befürchten, dass der Ausbruch von Gewalt, wenn er nicht schnell adressiert wird, die Polarisation in der Region verstärken wird. Die Situation könnte dazu missbraucht werden, den Krieg zur Förderung nicht nur lokaler, sondern auch internationaler Interessen auszuweiten.

Bereits am 2. Mai gab es einen Protest und eine Friedensmahnwache vor der sudanesischen Botschaft in Juba, die von Aktivist:innen organisiert wurden. Unser Anliegen an den Botschafter war, dass wir, die Bürger:innen des Südsudans, ein Ende des Kriegs im Sudan wollen. Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Die Beteiligten

sollten auf Mediation und Verhandlungen setzen um den Konflikt zu lösen. Der sudanese Botschafter in Juba sprach zu den Protestierenden und betonte, dass die sudanese Regierung sehr bemüht ist, einen Weg aus der Situation heraus zu finden.

Die Gruppe von Freiwilligen im Südsudan, die ich anfangs erwähnte, waren die ersten, die die sudanese Flüchtlinge und die Rückkehrer:innen willkommen heißen haben und ihr eigenes Geld dafür in die Hand nehmen. Die Regierung musste sich erst versammeln, diskutieren und das Budget bestätigen. Wir wissen nicht, wann dieses Geld zur Verfügung stehen wird und die Unterstützung beginnen kann. Aber wir sehen, dass die Regierung auf den schnellen Einsatz der Bürger:innen reagiert und nun auch schnell handeln will. Darüber hinaus vertrauen wir auf die Fähigkeit der Menschen im Sudan eine friedliche Lösung für den laufenden Konflikt zu finden.



Dr. Moses Monday John ist Executive Director bei der Organization For Nonviolence And Development (ONAD) im Südsudan. Die Organization arbeitet für ein gewaltfreies, friedliches und demokratisches Land, indem sie Ausbildungen anbietet, Forschung ermöglicht und Fürsprache hält.

